



Luzerner Zeitung



«Design Schenken»
In der Viscosistadt ist Juerg
Mueller mit Persischer
Keramik dabei. 21

Donnerstag, 1. Dezember 2022

AZ 6002 Luzern | Nr. 278 | Fr. 3.50 | € 4.- | luzernerzeitung.ch

SVP-Spitalinitiative wird wohl überflüssig

Kanton Luzern Die Luzerner SVP will mit einer Volksinitiative dafür sorgen, dass in allen drei Luzerner Spitälern ein Grund- und Notfallversorgungsangebot von Gesetzes wegen Pflicht ist. Das gleiche Ziel will die Volkspartei auch via Einzelinitiative auf dem parlamentarischen Weg erreichen – mit breiter Unterstützung aus Kreisen von Mitte, FDP, SP und Grünen.

SVP-Fraktionschef Armin Hartmann sagt denn auch, das geplante Volksbegehren brauche es wohl nicht, wenn die Einzelinitiative Erfolg habe. Das ist mit hoher Wahrscheinlichkeit der Fall, weil dafür das Ja eines Drittels der stimmenden Kantonsratsmitglieder reicht. (nus) **2/19**

Mitte-Präsident tadelt eigene Ständeräte

Eklat Ein Einzelantrag des St. Galler Mitte-Ständerats Benedikt Würth hat dazu geführt, dass die kleine Parlamentskammer gestern den Gegenvorschlag zur SP-Prämieninitiative unbeschickte. Mehrere Mitglieder der Mitte unterstützten dabei ihren Parteifreund. Eine öffentliche Schelte durch Mitte-Parteipräsident Gerhard Pfister war die Quittung für diese Kehrtwende. In einem Communiqué nannte er den Schritt «unverständlich» und einen «Fehlentscheid». (chm)

Kommentar 5. Spalte **5**

ANZEIGE

Wir integrieren Menschen mit Beeinträchtigung in Arbeit, Gesellschaft und Kultur.
Stiftung Brändi
sozial und professionell

Kahlschlag bei den Billettautomaten

Die ÖV-Branche plant, die Zahl der Billettautomaten zu reduzieren.

Pascal Michel und Stefan Ehrbar

Während der Pandemie haben die Schweizer ÖV-Unternehmen rund 100 000 Generalabo-Kunden verloren. Die Branche gibt nun mit einem neuen flexiblen Abo Gegensteuer. Dieses sogenannte Guthaben-Abo geht Ende 2023 an den Start. Keine Zukunft

sieht René Schmied, Präsident des Strategierats von Alliance Swiss Pass, für klassische Billettautomaten.

«Bargeld-Handhabung aufwendig und teuer»

«Die Bargeld-Handhabung ist sehr aufwendig und teuer», sagt der Direktor der Stadtberner Verkehrsbetriebe im Interview. Zudem müsse man nicht an

jeder Haltestelle Bargeld annehmen, stellt Schmied klar. «Ab 2035 sollen Tickets im Normalfall nur noch digital gekauft werden.» Zugleich brauche es Lösungen für jene, die ihr Billett nicht online kaufen können oder wollen, so der Direktor der Stadtberner Verkehrsbetriebe. «Das kann bedeuten, dass man zum Beispiel das ÖV-Guthaben am Kiosk auflädt.» **2/3**

Das grosse Zittern um Xherdan Shaqiri



Muss das sein? Ausgerechnet vor dem Spiel der Nati gegen Serbien um den Platz im WM-Achtelfinal wird Xherdan Shaqiri von einer Verletzung geplagt. Dabei bräuchte ihn die Schweiz unbedingt. **36**

Bild: Lars Baron/Getty (Doha, 15. November 2022)

Kommentar

Ach, du liebe Mitte

Gestern feierte die Mitte-Partei im Thurgau ihre neue Ständeratspräsidentin Brigitte Häberli-Koller, in Graubünden Nationalratspräsident Martin Candinas. Beide wollen sich einsetzen für eine «lösungsorientierte Konsenspolitik». «Gemeinsam – Ensemble – Insieme – Ensemes» heisst ihr Motto. Am Tag der Wahl trugen viele Mitte-Politiker einen orangen Button mit der Aufschrift «Insieme».

Die Mitte nimmt für sich in Anspruch, die Schweiz zusammenzuhalten. Das zelebriert sie gerne. Nur klaffen Anspruch und Realität bei keiner anderen Partei derart weit auseinander wie bei der einstigen CVP.

Die Partei hat eine tolle Position: Sowohl im National- wie auch im Ständerat ist sie Mehrheitsmacherin. Das bedeutet Macht. Das bedeutet Gestaltungsspielraum. Nur sind sich die Mitte-Nationalräte und die Mitte-Ständeräte öfters uneinig. Die Partei verspürt ihr Potenzial.

Just gestern zeigte sie das zum wiederholten Male – bei der Prämienlastungs-Initiative der SP. Im Nationalrat schnürte die Mitte mit Links einen (zu) grosszügigen Gegenvorschlag. Statt ihn zu redimensionieren, sorgte ein Antrag aus der Mitte dafür, dass der Gegenvorschlag gar nicht diskutiert wurde. Die Mitte-Partei tadelt in einer Mitteilung die «Diskussionsverweigerung des Ständerates». Gemeint war damit fast die Hälfte der eigenen Standesvertreter. Ach, du liebe Mitte: So hält man die Schweiz nicht zusammen.



Doris Kleck
doris.kleck@chmedia.ch



Inhalt Denksport 24 Service 13 Todesanzeigen 26/27 Winterausflug 14/15
Agenda 31/32 Piazza 16-18 Sport 33-36 TV/Radio 10 Wirtschaft 11/12

Internet www.luzernerzeitung.ch Redaktion 041429 5151, redaktion@luzernerzeitung.ch Inserate 041429 5252,
inserate-lzmedien@chmedia.ch Abonnement und Zustelldienst 058 200 55 55, aboservice@chmedia.ch

ANZEIGE

riposa FESTIVAL
BOXSPRING NEUHEIT

MATRATZEN FESTIVAL
JETZT FESTIVAL PREISE!

MATRATZE JUBILÉ
STATT 1450.–
NUR 990.–

BLACK FRIDAY DEALS
15.11. – 5.12.

«... das märki mir!»

in Dierikon-Luzern
grosse Teppich-Ausstellung **möbel märki**

Ein Zwischenruf auf den besten Freund des besinnlichen Menschen

Der alltägliche Wahnsinn der Adventskalender

Aus Gründen, die mir jedes Jahr aufs Neue schleierhaft sind, stehen, hängen und liegen bei uns daheim in der Zeit vor Weihnachten rund ein Dutzend Adventskalender herum. Die wundersame Kalendervermehrung hat sich irgendwann schleichend einfach so ergeben. Durch Freunde, Familie und, zugegeben, ein bisschen eigenes Zutun. Manchmal scheint es, die ganze Welt türmt ihre Adventskalender in unserer Wohnung. Hätte ich üble Feinde, würden sie mir gewiss mittels vergifteter Schokolade in den Türchen auf den Leib rücken wollen, quasi als trojanischer Adventskalender.

Immerhin bleibt der regelmässige Zuckerkrach aus, da eine ganze Bandbreite zur Verfügung steht.

Mit dabei natürlich die klassische gekauften, mit Marzipankugeln oder Haselnussnikoläusen (kann Spuren von Nüssen enthalten). Dann jene mit exotischen Schnapspralinen, die besonders den Montagmorgen versüssen, indem man die ganze Wochendosierung auf einmal isst. Für die Gesundheit fünf Stück, die Teesorten enthalten, von Pfefferminze bis hin zur blauen Schmetterlingserbsen-Blüte. Zwei Papphefte enthalten literarische Geschichten (humorvoll und erbaulich), bei drei anderen muss man sämtliche 24 Rätsel lösen. Ansonsten droht das Weihnachtsfest laut den Herstellerangaben auf der Rückseite auszufallen.

Hinzu kommen noch all die liebevoll selbst gebastelten Kalendarien, die einen ganzen Tisch in Beschlag nehmen mit ihren straff verschnürten Säcken. Gegen deren stundenlange Entwirrung vereinfacht sich der gordische Knoten zum simplen Schuhband.

Es gibt ihn in allen erdenklichen Formen und Farben, und er erfreut Kinder und Erwachsene genauso: der Adventskalender. Bild: Photocase



Ein Einbrecher könnte unsere Wohnung mit dem Werkdepot des Weihnachtsmanns verwechseln. Dabei befürworte auch ich theoretisch Entschleunigung, Zurückhaltung und Besinnung in der stillen Zeit. Doch der Geist der konsumistischen Weihnacht ist mächtig.

Der Adventskalender hat gefühlt seit Juni Einzug in den Läden gehalten und ab Anfang Dezember auch im Rest des Alltags. Im Radio werden ebenso fleissig Türchen geöffnet wie in der Zeitung und überall im Internet. Auf den städtischen und dörflichen Plätzen schallen biblisch die Lockrufe vor gigantischen, nummerierten Wänden: Siehe, ich verkündige euch grosse Freude, die allem Volk widerfahren wird.

Längst hat sich der Inhalt diversifiziert, die schnöde Schoki gewaltig Konkurrenz bekommen. Der moderne Adventskalender ist mit Würstchen, Käsehäppchen, Bierfläschchen, Make-up-Döschen oder Meisenknödeln befüllt. Es gibt Ausgaben speziell für

Rentner, Cannabis-Liebhaber, Hunde und Paare, die ihre Hochzeit planen. Sogar die Weihnachtshasser kommen in den Genuss eines eigenen Anti-Kalenders. Womöglich wird es zukünftige, postapokalyptische Gesellschaften geben, die am Lagerfeuer ausschliesslich vom Inhalt ihrer Adventskalender leben.

Selbst nachts hält mich die Allgegenwart der Adventskalender auf Trab: Gestern träumte ich davon, einen Adventskalender zu besitzen, der in jedem Türchen einen weiteren enthält und dieser wiederum einen und so fort. Schreiend bin ich aufgewacht und habe mir eine Kopfschmerztablette aus dem Apotheken-Adventskalender genommen.



Tobias Sedlmaier
tobias.sedlmaier@chmedia.ch

es brauche gar keine Gesetzesergänzung. Gibt es ein grösseres Misstrauensvotum? Dennoch sollte der Kantonsrat nicht einfach der SVP hinterherhecheln, sondern die Volkspartei Unterschriften sammeln lassen – und das letzte Wort dem Volk überlassen.



Lukas Nussbaumer
lukas.nussbaumer@luzernerzeitung.ch

Kommentar

In der Spitalpolitik verrannt

Kaum ein Bereich ist derart grossen Änderungen unterworfen wie das Gesundheitswesen. Und doch will das Gros des Luzerner Kantonsrats im Gesetz etwas verankern, das schon in Kürze wie aus der Zeit gefallen erscheinen kann: dass in Luzern, Sursee und Willisau nicht nur je ein Spital betrieben wird, sondern zwingend überall eines mit Grund- und Notversorgung. Ändern sich die Umstände, muss das Gesetz aufwendig angepasst werden. Unflexibler gehts kaum.

So falsch das ist, so gut ist es zu erklären. Für das Entlebuch und das Hinterland ist «ihr»

Spital in Wolhusen heilig. Tausende und fast die ganze Politprominenz kämpfen für ein Grundversorgungsspital nach altem Muster. Jedes noch so kleine Rütteln daran provoziert einen Aufschrei. Die SVP nimmt das auf und droht mit einer Initiative.

Weil Wahlen sind und niemand Spitalverhinderer sein will, ziehen die anderen Parteien mit Ausnahme der GLP nach und wollen das gleiche Ziel schnell auf dem parlamentarischen Weg erreichen. Dabei verspricht die Regierung laufend, das Parlament könne das Leistungsangebot ja absegnen,

«Das GA ist w

Mit einem neuen Abo kämpfen SBB & Co. gegen den Kundenschwund. Warum das Generalabo (GA) dennoch wichtig bleibt und weshalb Billett-Automaten ein Auslaufmodell sind, erklärt René Schmied. Der Direktor von Bernmobil ist oberster ÖV-Strategie.

Interview: Pascal Michel und Stefan Ehrbar

Der öffentliche Verkehr erholt sich langsam vom Corona-Schock. Trotzdem schliessen Pendlerinnen und Pendler erst zögerlich neue Abos ab. Um die verlorene Kundschaft zurückzuholen, setzt die Branche auf ein flexibleres Modell: das sogenannte Guthaben-Abo, das ab Dezember 2023 in Umlauf kommt. René Schmied, Präsident des Strategierats von Alliance Swiss Pass und Direktor der Stadtberner Verkehrsbetriebe Bernmobil, erklärt, wen er damit ansprechen will – und warum der klassische Ticketautomat bald Geschichte ist.

Was bringt mir als Kunde das Guthaben-Abo?

René Schmied: Die Idee ist, dass Sie beispielsweise für 500 Franken ein Guthaben von 800 Franken kaufen können. Das Geld steht Ihnen für den Kauf von persönlichen Einzelfahrausweisen zur Verfügung, beispielsweise Einzelfahrbillette, Verbundtickets, Tageskarten oder Sparbillette. Und Sie profitieren von einem attraktiven Rabatt. Da der Bonus nach einem Jahr verfällt, besteht der Anreiz, diesen zu nutzen.

Sie wollen mit dem Guthaben-Abo jene zurückholen, die während der Pandemie abgesprungen sind.

Warum zieht das GA nicht mehr? Das GA ist als Pendlerabo nach wie vor das Flaggschiff und unser wichtigstes Produkt. In den letzten 14 Monaten konnten wir wieder über 40 000 zusätzliche GA verkaufen. Tatsächlich haben wir während der Pandemie kurzzeitig rund 100 000 GA-Kunden verloren. Sie sind aber nicht im Nirwana verschwunden, sondern haben sich gefragt, ob sie sich den Komfort noch leisten wollen – und sind dann oft auf Halbtax-Abos umgestiegen. Mit dem Guthaben-Abo wollen wir dieser Kundengruppe, die normalerweise 1000 bis 4000 Franken pro Jahr für den öffentlichen Verkehr ausgibt, eine Lösung anbieten, die weniger als ein GA kostet.

Dann ist das Guthaben-Abo nichts für Pendler?

Eher weniger. Wer zwei- bis dreimal die Strecke Bern-Zürich pro Woche zurücklegt, fährt mit dem GA bereits günstiger. Das Guthaben-Abo soll Personen ansprechen, die regelmässig mit dem ÖV unterwegs sind, aber verschiedene Destinationen ansteuern, gerade auch in der Freizeit. Für klassische Pendlerstrecken in einem bestimmten Gebiet sind vermutlich Verbund- oder Streckenabos weiterhin die günstigere Wahl.

Wie viele Guthaben-Abos wollen Sie verkaufen?

Im ersten Jahr rechnen wir mit einigen zehntausend. Nach fünf bis sechs Jahren sollten wir die 100 000er-Marke überschreiten. Wir sind noch am Feinschliff: Wie das Abo heissen soll, und welche Beträge gekauft werden können, wird derzeit noch diskutiert.

Ist das neue Abo übertragbar?

Im Markttest konnten nur persönliche Billette gekauft werden. Dies wird voraussichtlich auch beim definitiven Angebot so sein.

Im Testversuch verschenken Sie 1000 Franken: Wer für 2000 Franken einkauft, kann für 3000 Franken fahren – rechnet sich das für Sie überhaupt?

Wir wollen nicht einfach Rabatte verteilen, sondern neue Kunden gewinnen, die heute etwa mit dem Auto unterwegs sind. Mit dem Mehrumsatz möchten wir die Rabatte wieder reinholen. Der Markttest lässt erste Rückschlüsse auf das Marktpotenzial zu. Wir sind überzeugt von diesem Modell.

Sie testen weitere Modelle. Eines davon ist das Wahltag-Abo für Leute im Homeoffice. Kommt das auch auf Ende 2023?

Der Markttest im Kanton Waadt läuft und wurde kürzlich verlängert. Ein Abo, das für gewisse Tage freigeschaltet werden kann, deckt ein gewisses Bedürfnis ab. Zurzeit sind im Vergleich zu den bisherigen Abos jedoch relativ wenige solcher «Flexi-Abos» im Umlauf. Natürlich ist es günstiger als ein reguläres, 365 Tage gültiges Abo, aber man muss vorab auswählen, an welchen Tagen man es nutzen will. Das schränkt die Freiheit ein. Das Wahltag-Abo national einzuführen, ist derzeit kein Thema.

Mit den neuen Lösungen wird die Abo-Landschaft unübersichtlich.

Das ist immer ein Spagat. Wir möchten massgeschneiderte Angebote bieten, dürfen aber die Kundschaft nicht mit zu vielen komplizierten Modellen vergraulen. Wir müssen auch mal etwas ausprobieren und notfalls wieder einstellen, wenn es nicht funktioniert.

Wie wollen Sie die Jugendlichen in den öffentlichen Verkehr holen?

Hier haben wir effektiv Potenzial. Fährt man zu viert mit dem Auto an eine Party, rechnet sich das. Wir möchten aber, dass die Jungen im Viererabteil im Zug in den Ausgang fahren. Konkrete Angebote sind voraussichtlich im ersten Halbjahr 2023 spruchreif.

Inflation, höhere Lohnkosten, teurer Strom: Wird es per Dezember 2023 zu einer grossen Preiserhöhung kommen?

Der Strategierat der Alliance Swisspass hat das Thema noch nicht diskutiert.

Es gibt Stimmen, die sagen: Eine Preiserhöhung ist unvermeidbar.

Tatsächlich sind die Herausforderungen gross. Wir sind mitten im Teuerungsthema drin. Die Löhne steigen, ebenso die Zinsen, was ÖV-Betriebe als kapitalintensive Unternehmen hart trifft.

Um wie viel können die Preise steigen, bevor Kunden abspringen?

Da sind mir keine Daten bekannt. Preiserhöhungen in der Vergangenheit – die letzte war 2016 – hatten keinen negativen Einfluss auf die Passagierzahlen.

Streit um Mindeststeuer entbrannt

Die Zentralschweizer FDP-Sektionen warnen davor, den Kantonen weniger Geld aus den Mehreinnahmen der OECD-Steuer zu geben.

Dominik Weingartner

Firmen, die weltweit mehr als 750 Millionen Euro Umsatz erzielen, sollen mindestens 15 Prozent Gewinnsteuern zahlen. Das sieht die Mindestbesteuerung der Organisation für Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) vor. Der Bundesrat will sie mit einer Ergänzungssteuer umsetzen. Gemäss Prognosen wären rund 2000 Unternehmen in der Schweiz davon betroffen.

Nun ist ein Streit um die Verwendung der damit erzielten Mehreinnahmen entbrannt. Und dabei geht es um sehr viel Geld. Genaue Zahlen gibt es zwar nicht, aber laut Schätzungen soll die Ergänzungssteuer eine bis zweieinhalb Milliarden Franken pro Jahr generieren.

Knapper Entscheid in Kommission

Der Bundesrat hat vorgeschlagen, 75 Prozent davon den Kantonen und Gemeinden zu überlassen. 25 Prozent soll der Bund erhalten, jedoch soll er damit Mehrausgaben im nationalen Finanzausgleich (NFA) decken. Der Ständerat hat dieser Lösung in der Herbstsession zuge-

stimmt. Heute beschäftigt sich nun der Nationalrat mit der Vorlage. Und die vorberatende Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) schlägt Änderungen vor: Neu sollen Bund und Kantone je 50 Prozent der Mehreinnahmen erhalten. Zudem sollen die Kantone maximal 400 Franken pro Einwohnerin und Einwohner bekommen. Was diese Obergrenze übersteigt, soll gleichmässig unter den anderen Kanton aufgeteilt werden. Dieser Vorschlag wurde in der WAK äusserst knapp mit 13 zu 12 Stimmen angenommen.

Das Vorhaben alarmiert die Zentralschweizer FDP. In einer Mitteilung, die die Präsidentinnen und Präsidenten der Kantonalparteien Luzern, Zug, Schwyz, Nidwalden, Obwalden und Uri unterzeichnet haben, rufen sie die hiesigen Nationalrätinnen und Nationalräte dazu auf, die Interessen ihrer Kantone zu vertreten – und der Lösung von Bundes- und Ständerat zuzustimmen. Der WAK-Entscheid sei «äusserst gefährlich», schreiben die FDP-Chefinnen und Chefs. Die schnelle Umsetzung der Mindeststeuer stehe auf dem

Spiel. Zudem widerspräche er den Grundsätzen des Föderalismus: «Die Kantone benötigen Mittel für den Erhalt ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Dies liegt sowohl im Interesse der Kantone als auch des Bundes, da von der Standortattraktivität einzelner Kantone auch die Bundesfinanzen profitieren.»

«Die letzten drei Steuervorlagen zu Gunsten der Wirtschaft wurden vom Volk abgelehnt.»



Leo Müller
Mitte-Nationalrat LU

Gleichzeitig warnen die FDP-Kantonalparteien vor einem neuen Umverteilungsinstrument. Dieses existiere bereits mit dem NFA. «Eine zusätzliche Umverteilung gemäss der Idee einer Obergrenze pro Einwohnerin und Einwohner ist ein No-Go und kommt allein schon wegen der Komplexität und unklarer Wirkung überhaupt nicht in Frage.»

Das Volk muss überzeugt werden

Der Ruswiler Mitte-Nationalrat Leo Müller ist Präsident der nationalrätlichen WAK. Er sagt: «Die Mitte-Fraktion hat mehrheitlich beschlossen, die 50-50-Lösung zu unterstützen.» Zunächst sei er anderer Meinung gewesen, bekennt Müller. Nun sagt er zum Vorschlag von Bundes- und Ständerat: «Bei angenommenen Mehreinnahmen von 1,5 Milliarden Franken würden bei dieser Variante über 500 Millionen Franken allein an die Kantone Zug und Basel-Stadt fliessen.»

Um dieses Ungleichgewicht zu brechen, sei eine andere Verteilung und eine Deckelung notwendig. «Andernfalls ist diese

Vorlage vor dem Volk nicht mehrheitsfähig, da die Angst vor zu aggressivem Steuerwettbewerb unter den Kantonen zu gross ist.» Diese Zahlen stammten zwar aus einem Gutachten, das von der SP in Auftrag gegeben worden sei, aber: «Niemand hat bessere Zahlen, der Bund selber hat keine Berechnungen angestellt, auch kein Verband und keine Branche.» Bei dieser Ausgangslage sei es schwierig, die Vorlage beim Volk durchzubringen. «Die letzten drei Steuervorlagen zu Gunsten der Wirtschaft wurden vom Volk abgelehnt», gibt Müller zu bedenken.

Klar ist also, dass der Kanton Zug zu den grossen Verlierern gehören würde, setzte sich die nun von der WAK des Nationalrats vorgeschlagene Variante durch. Ist damit der Widerstand der Zentralschweizer FDP-Kantonalparteien zu erklären? Jacqueline Theiler, Präsidentin der Luzerner FDP, sagt: «Natürlich würden Kantone mit starken Unternehmen von einer Lösung ohne Deckelung profitieren.» Der FDP ginge es aber um die Wettbewerbsfähigkeit der Kantone. «Davon profitiert auf-

grund des Finanzausgleichs schlussendlich die ganze Schweiz. Eine Deckelung würde eine solche beeinträchtigen.»

«Unterschiede schon heute sehr gross»

Ganz anderer Meinung ist die Rothenburger SP-Nationalrätin Prisca Birrer-Heimo, ebenfalls WAK-Mitglied. «Die vom Ständerat vorgeschlagene Lösung würde den Steuerwettbewerb weiter anheizen.» Und das gelte es, im Sinne des nationalen Zusammenhalts zu verhindern. «Schon heute sind die Unterschiede zwischen den finanzstarken Kantonen und der übrigen Schweiz sehr gross. Diese Gräben sollen nicht noch tiefer werden.»

Birrer-Heimo wird also den Vorschlag der WAK unterstützen. Sie verweist wie Leo Müller darauf, dass die Vorlage im Volk mehrheitsfähig sein muss. Weil eine Verfassungsänderung notwendig ist, braucht die Vorlage neben dem Volks- auch das Ständemehr. «Diese Abstimmung muss in der ganzen Schweiz gewonnen werden, nicht nur in den finanzstarken Kantonen.»

SVP-Initiative zu Spitälern ist wohl hinfällig

Die SVP will ein Grundversorgungsangebot in den Spitälern im Gesetz verankern. Das wollen nun auch vier andere Parteien.

Lukas Nussbaumer

An den Spitalstandorten Luzern, Sursee und Wolhusen ist ein Grundversorgungsangebot mit Notfallstation Pflicht. Das soll der Inhalt einer Volksinitiative sein, zu der die SVP demnächst den Startschuss geben will, wie der Entlebucher Kantonsrat Bernhard Steiner am Dienstag gegenüber unserer Zeitung ankündigte. Doch muss die SVP überhaupt Unterschriften sammeln?

Eher nicht. Grund ist eine Einzelinitiative, die am Dienstag in fünffacher und deckungsgleicher Ausführung eingereicht worden ist. Ihr Inhalt, festzuschreiben im Spitalgesetz, lautet so: «In Luzern, Sursee und Wolhusen wird ein Spital mit mindestens einer ausreichenden, allen zugänglichen ambulanten und stationären medizinischen Grund- und Notfallversorgung angeboten.» Der Text stammt von SVP-Fraktionschef Armin Hartmann, eingereicht wurde die Einzelinitiative auch von Anja Meier (SP, Willisau), Guido Roos (Mitte, Wolhusen), André Marti (FDP, Willisau) und Hannes Koch (Grüne, Horw).

«Niemand will in Wolhusen einen Baustopp»

Wer den noch nicht druckreifen Text der SVP-Volksinitiative mit der parlamentarischen Einzelinitiative vergleicht, stellt unschwer eine Übereinstimmung fest. Warum also soll die Volkspartei das Volk bemühen und so einen Baustopp, wie ihn die Regierung beim Zustandekommen



So soll der Neubau des Luzerner Kantonsspitals in Wolhusen aussehen.

Visualisierung: PD

der Initiative androht, riskieren? Laut Armin Hartmann ist diese Frage Teil der aktuellen Diskussion in der Parteileitung. «Niemand will in Wolhusen einen Baustopp. Ob diese Gefahr tatsächlich besteht oder ob sie bloss eine Drohgebärde ist, werden wir evaluieren», sagt der Regierungsratskandidat aus Schlierbach. Führe die Einzelinitiative zum Erfolg, brauche es die Volksinitiative wohl tatsächlich nicht.

Exakt dies, nämlich die Verhinderung der Volksinitiative,

sei «ein Teil der Motivation der Mitte, die Einzelinitiative zu unterstützen», sagt der Wolhusener Kantonsrat Guido Roos, der auch im Vorstand des fast 7300 Mitglieder zählenden Vereins Pro Spital Wolhusen sitzt. Mit der Einzelinitiative gelange man aber auch rascher ans Ziel. Wie schnell, muss sich weisen. Die Regierung hat laut Kantonsratsgesetz nämlich ein halbes Jahr Zeit, um zur Einzelinitiative Stellung zu nehmen. Ausnutzen wird sie diese Frist aufgrund des hohen politischen Gewichts

mit fünf von sechs unterstützenden Fraktionen allerdings kaum. Dem Vernehmen nach soll sie bereits Ende Januar traktandiert werden.

Dann kann es schnell gehen: Die Überweisung an die Kommission für Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit ist Formsache, da es dafür nur das Ja von einem Drittel der stimmenden Ratsmitglieder braucht. Ab diesem Zeitpunkt hat das Parlament das Zepter selber in der Hand, die Regierung nimmt bloss noch eine beratende Rolle

ein. Dies im Gegensatz zu einer Motion, welche die Exekutive nach der Überweisung nicht nur in Eigenregie umsetzen kann, sondern dafür auch unbeschränkt viel Zeit in Anspruch nehmen darf.

GLP steht als einzige Fraktion abseits

Die GLP lehnt die Einzelinitiative als einzige Fraktion ab. Kantonsrätin und Co-Parteipräsidentin Riccarda Schaller begründet dies so: «Es ist falsch, das Leistungsangebot im Ge-

setz zu verankern, weil man so nicht schnell genug auf das sich stark verändernde Gesundheitswesen reagieren kann.» Der SVP wirft sie vor, mit der Initiative vor allem Wahlkampf zu betreiben. Das streitet Armin Hartmann ab. «Wir nehmen damit die Ängste der Bevölkerung und den Druck einer ganzen Region ernst.» Ausserdem habe die SVP stets gesagt, sie werde einen Vorschlag machen, wie die Pflicht zum Anbieten der Grundversorgung am besten verankert werden könne. Seiner Partei nun Wahlkampf vorzuwerfen, sei «billig».

SVP, Mitte, FDP, SP und Grüne machen mit ihrem Griff zur Einzelinitiative nicht nur ein ganz selten verwendetes politisches Instrument plötzlich bekannt, sondern ignorieren damit auch alle Zusicherungen der Regierung. Diese hat im Mai Ja gesagt zu einer Motion von Mitte und SP, in der verlangt wird, das Leistungsangebot der Spitäler sei jeweils dem Kantonsrat vorzulegen. Und sie hat wiederholt versprochen, mit dem Planungsbericht zur Gesundheitsversorgung erhalte der Kantonsrat Anfang 2024 gleichzeitig Einblick in die angebotenen medizinischen Leistungen. Armin Hartmann sagt, ein Planungsbericht bringe «überhaupt keine Garantie». Und Guido Roos findet, das jährliche Absegnen der Leistungsangebote sei «nicht der Weisheit letzter Schluss. Ausserdem liegt der Puck zur Umsetzung der Motion bei der Regierung, die damit kaum vorwärts machen wird.»